

Zukunft gestalten: Keine Schuldenbremse



AG Weltwirtschaft und Finanzmärkte

Allenthalben beobachten wir eine rücksichtslose Politik zugunsten von Wirtschafts- und Machteliten. Vor diesem Hintergrund zocken die Finanzmärkte wieder um maximale Renditen und bringen uns so der nächsten Krise näher.

Die öffentliche Hand ist in einem bisher ungekannten Ausmaß zum Ausfallbürgen von Finanzjongleuren geworden. Die nationalen und transnationalen "Rettungsschirme" für die Banken haben deren Krise in die sich beschleunigende Krise der Staatsfinanzen verwandelt. Die europäischen Regierungen haben den großen Banken und Investmentfonds damit die Finanzmittel zur Verfügung gestellt, mit denen diese nun gegen die Staaten und Währungen spekulieren – gegenwärtig gegen den Euro.

In dieser Situation wollen CDU, FDP, GRÜNE und SPD mit einem gemeinsamen Änderungsantrag eine Schuldenbremse in der Hessischen Verfassung verankern. Diese zielt an der Beseitigung der tatsächlichen Ursachen der sich beschleunigenden Staatsverschuldung völlig vorbei. Vielmehr werden dadurch die Staatsfinanzen endgültig zerrüttet, die öffentlichen Haushalte ruiniert, die soziale Spaltung in Arme und Reiche vertieft, und damit der Zusammenhalt der Gesellschaft aufgelöst, kurz: Die Demokratie wird systematisch unterhöhlt.

Mit der Abstimmung über ein so genanntes Verschuldungsverbot in der Hessischen Landesverfassung versuchen Marktradikale in den Parteien und Lobbyverbänden, die Verantwortung für die Politik des Ausblutens der öffentlichen Hand, des Sozialabbaus und Privatisierens auf Sie als Wählerinnen und Wähler abzuschieben, denn Sie sollen am 27. März d.J. über diese Verfassungsänderung abstimmen.

Hessische Landesregierung verzichtet auf Steuermilliarden

Diese Landesregierung hat auf Steuereinnahmen in Milliardenhöhe verzichtet, sie hat Steuerprüfer in ihrer Arbeit behindert und das Personal in den Finanzämtern abgebaut. Sie hat Prestigeobjekte finanziert und mit dem Ankauf von Jagdschlössern ihre eigene Klientel bedient. Sie hat mit der so genannten *Operation sichere Zukunft* Teile der sozialen Infrastruktur zerstört und mehrere Tausend Arbeitsplätze vernichtet.

Nun wollen die Parteien die Sorgen vieler Bürgerinnen und Bürger über den Zustand der Staatshaushalte ausnutzen. FDP, CDU, SPD und GRÜNE in Hessen wollen sich mit der Abstimmung zum Verschuldungsverbot die nicht vorhandene demokratische Legitimation für Steuergeschenke an große Unternehmen, an Reiche und Vermögende einerseits, sowie den Kahlschlag bei den öffentlichen Ausgaben und Sozialabbau andererseits einholen. Dabei versuchen sie ältere und jüngere Menschen gegeneinander auszuspielen und missbrauchen den Begriff „Generationengerechtigkeit“.

Ignorant gegen die Konsequenzen des eigenen Tuns wollen die Politiker ihre eigene Handlungsfähigkeit einschränken. Auf die daraus entstehende Gefahr für unsere Demokratie wurde schon hingewiesen. Die Parteien entziehen sich mit diesem Manöver ihrer politischen und sozialen Verantwortung. Mit Hilfe der Schuldenbremse wollen sie einen verfassungsrechtlichen „Sachzwang“ erzeugen um soziale und Gemeinschaftsaufgaben zu unterlassen, bzw. immer mehr solche Aufgaben zu privatisieren. Das verschafft privaten Investoren und Banken lukrative Renditeobjekte in den Breichen der elementaren Daseinsvorsorge – und für uns alle wird das auf lange Sicht sehr teuer.

Deshalb sagen wir NEIN zu diesem Blankoscheck für den weiteren Sozialabbau. Wir empfehlen den hessischen Bürgerinnen und Bürgern, die geplante Änderung der Verfassung abzulehnen.

Wir wollen die Gegenwart und die Zukunft aller Generationen sichern. Dafür brauchen wir einen finanzstarken, sozial verantwortlichen und handlungsfähigen Staat.

Wir wollen eine sozial, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltige Politik.

Wir wollen demokratische Entscheidungen und Handlungsmöglichkeiten statt Schuldendiktat.

Kein Land kann es sich leisten,

- auch nur ein Kind zurückzulassen,
- Jugendliche ohne Ausbildung ins Leben zu entlassen,
- Straßen und Gebäude nicht zu sanieren,
- den ökologischen und energetischen Umbau zu verschleppen und
- Sicherheit und Daseinsvorsorge weiter zu privatisieren.

Dies gilt ganz besonders für ein ressourcenarmes Land wie Deutschland. **Deshalb fordern wir:**

- Schluss mit Klientelpolitik bei den Ausgaben,
- gerechte Steuern – starke Schultern müssen mehr tragen als Schwache,
- ein Ende der Privatisierung öffentlicher Aufgaben,
- starke und gut ausgestattete Kommunen.

Gestaltungsauftrag an die Parteien:

Voraussetzung für die Sanierung der Staatsfinanzen ist die Neuordnung des Bankwesens und die Umschuldung der Staatsanleihen auf ein realistisches Zinsniveau.

Zur „Beruhigung“ der Finanzmärkte braucht es jetzt mehr denn je eine Finanztransaktionssteuer; sie würde spekulative Finanzgeschäfte weniger rentabel machen und entschleunigen. Diese Steuer wäre zumindest ansatzweise auch eine Beteiligung der unmittelbaren Verursacher am angerichteten Schaden der Finanzkrise.

Die Staatsschulden sind durch eine stärkere Besteuerung von Spitzeneinkommen, durch eine höhere Erbschaftssteuer, und vor allem durch eine Vermögensabgabe auf große Geld- und Finanzvermögen abzutragen. Die konkrete Ausgestaltung dieser Vermögensabgaben kann sich am Modell des westdeutschen Lastenausgleichs nach dem Weltkrieg II orientieren.

Die Ursachen der Schuldenkrise müssen beseitigt werden – nicht deren Folgen auf die Bevölkerung abgewälzt werden.

Attac Frankfurt und Hessen ist Mitglied der Plattform „Handlungsfähiges Hessen“ (www.handlungsfahiges-hessen.de). Diese Plattform, die neben vielen anderen gesellschaftlichen Gruppen auch vom DGB und wichtigen Einzelgewerkschaften getragen wird, kämpft gegen die Verankerung der Schuldenbremse in der Hessischen Verfassung.

Mit dem Nein zur Schuldenbremse will die Plattform verhindern, dass die Schuldenbremse in Zukunft als Sachzwang für Sozialabbau und gegen eine verantwortliche Politik missbraucht werden kann.

Frankfurt am Main, 13. Januar 2011

ViSdP: Hans Möller, AG Weltwirtschaft und Finanzmärkte (www.attac-ffm.de)